

Hermann Litterst, Bürgermeister  
Vorsitzender des  
Vereines bad. Bürgermeister e.V.  
- Kreisverband Offenburg -

7601 Ortenberg, 15. Februar 1973  
Rathaus

Herrn  
Lothar Späth MdL  
Fraktionsvorsitzender der  
CDU-Landtagsfraktion

7 Stuttgart  
Haus des Landtages

Betr.: Kommunale Zielplanung

Anlage: 1 Bericht des Bad. Tageblattes vom 29. November 1971

Sehr geehrter Herr Späth!

Mit einer starken Schockierung, um nicht zu sagen Empörung, haben wir Äußerungen des Geschäftsführers der CDU-Fraktion MdL Gerstner und eines weiteren CDU Landtagsmitgliedes in unserem Raum vernommen, daß die CDU-Regierung und Landtagsmehrheit nach Verabschiedung der kommunalen Zielplanung beabsichtigt, noch in dieser Legislaturperiode gesetzliche Zwangsmaßnahmen gegen die kommunalen Selbstverwaltungen, also gegen die Gemeinden, die den Plänen der Regierung nicht konform liegen, anzuwenden.

In der Anlage übersenden wir Ihnen eine Pressemeldung, von der Sie wissen, daß sie keine Falschmeldung ist, sondern der Tatsache entspricht. Offenbar ist die CDU nicht gewillt zu ihrer Aussage, die sie vor der Wahl gegeben hat, zu stehen.

Vor der Landtagswahl haben sehr viele Kollegen, die parteilos sind, für die CDU plädiert, da sie darauf vertrauten, daß diese zu ihren Aussagen steht und nicht in dieser rigorosen Form gegen die Gemeinde vorgeht.

Die CDU im Landtag von Baden-Württemberg stellt sich mit einem solchen Schrift auf die gleiche Ebene wie die SPD, die durch Bundesminister Bahr zu erkennen gab, daß sie erst nach den Wahlen die Wahrheit, also ihre Absichten sagt. Ihnen ist sicherlich diese Äußerung bekannt. Sie, die Äußerung der SPD, wurde von der CDU auf das Schärfste verurteilt.

In unserer eigenen Arbeit erleben wir immer wieder bzw. verspüren es, daß offenbar die Ministerialbürokratie in Stuttgart mächtiger ist, als unsere politischen Vertreter. Es sind uns Fälle bekannt, bei denen gerade in Sachen Zielplanung in der Besprechung beim Innenministerium weitgehend die Meinung der Ministerialabteilungen berücksichtigt wurden und die politischen Vertreter, also unsere Abgeordneten, die diese Räume kennen und für die einzelnen Gemeinden eintraten, eine Abfuhr erhielten.

Wir sind besorgt um den Fortgang dieser Dinge und müssen Sie dringend darum bitten, sich an Ihr gegebenes Versprechen erinnern.

Die Formalisten die dann sagen, die alte Landtagsfraktion sei nicht die neue, müssen sich sagen lassen, daß eine Aussage einer Fraktion vor den Wahlen auch die Aussage einer Partei ist.

Wir wissen, daß die Argumente der Großen, also vorwiegend der Städte besseres Gehör finden und daß in Stuttgart für die Gemeinden nicht mehr recht viel Sympathien zu finden sind.

Wir sehen uns dennoch gezwungen, um vor unserem Gewissen und vor unserer Bevölkerung, wenn auch schon in einem fast verzweifelten Stadium, unsere Argumente Ihnen vorzutragen.

Die Gemeindereform wird sich auf freiwilliger Basis ohne Zwang lösen, ohne ein Ewigkeitsvorgang zu werden, um eine Formulierung des Herrn Innenministers zu gebrauchen. Dort wo ein Gemeinwesen von Größe, Struktur und Verwaltungskraft her gesehen nicht mehr lebensfähig ist, wird die Erkenntnis bei Bürgern und den verantwortlichen Kommunalpolitikern von selbst reifen.

Es gibt kaum Fälle, wo nicht der Zug zum Notwendigen und die Vernunft gegenüber kommunalen Eigensinn sich durchsetzt.

Dort aber, wo es sich beweist, daß eine Gemeinde lebensfähig ist, sollte die Achtung vor der Selbstverwaltung den in Stuttgart verantwortlichen Politikern vorrangig sein, ohne eine Zahl anzubeten, sollten sie den Gemeinden nicht aus deren Lage oder ähnlichem Stricke drehen.

Zum Schluß, um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, zu meiner Person. Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr politisch in der CDU engagiert. Bin Mitglied des Kreistages der CDU-Fraktion und Kandidat für die Kreistagswahlen vom 8. April 1973 des Ortenaukreises, ebenfalls der CDU-Fraktion.

Ich halte diese Bemerkung für notwendig, damit Sie sich über meinen politischen Standort nicht im unklaren befinden.

Meine Ausführungen werden unter anderen auf Ihren Schreibtisch kommen, von dem ich mir aus eigener Erfahrung vorstellen kann, daß sehr vieles auf Sie zukommt. Dennoch habe ich mich verpflichtet gefühlt, Ihnen dies was uns bewegt mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen



(Litterst)

1. Vorsitzender